

UOKG e.V. - Ruschestr. 103 – 10365 Berlin

Vorsitzender: Rainer Wagner
Ehrenvorsitzende:
Gerhard Finn, Horst Schüler
Stellv. Vorsitzende:
Roland Lange
Ernst – O. Schönemann

Bundesgeschäftsstelle:
Ruschestraße 103, Haus 1
D-10365 Berlin
Tel: (030) 55779351
Fax: (030) 55779340

Geschäftszeiten:
Montag bis Freitag
10.00 - 18.00 Uhr

Presseerklärung

21. Juni 2013

Appell der 12. Internationalen Konferenz zu Nordkoreas Menschenrechtsslage und Flüchtlingen an den Außenminister der Bundesrepublik Deutschland

Am vergangenen Dienstag, dem 18. Juni, fand die 12. Internationale Konferenz zu Nordkoreas Menschenrechtsslage und Flüchtlingen, organisiert von der „Bürgerallianz für Nordkoreas Menschenrechte“ (Seoul) und der UOKG, in Berlin statt.

Die Teilnehmer der Konferenz, darunter Vertreter von Opferverbänden aus 16 Ländern, haben beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, sich dafür einzusetzen, dass aus Mitgliedsstaaten der UNO keine nordkoreanischen Flüchtlinge nach Nordkorea abgeschoben werden dürfen.

Der Bundesvorsitzende der UOKG und die ehemalige Bundestagsabgeordnete und Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld haben sich daraufhin mit Schreiben vom heutigen Tage an den Bundesaußenminister Guido Westerwelle gewandt.

In dem Schreiben machen die Verfasser darauf aufmerksam, dass nordkoreanische Flüchtlinge ständig Gefahr laufen, von den Behörden Chinas, Thailands Vietnams und neuerdings auch Laos nach Nordkorea abgeschoben zu werden.

Alle genannten Länder sind Mitglied der UNO und damit der Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet. Diese verbietet in Fällen wie denen der nordkoreanischen Flüchtlinge ausdrücklich die Abschiebung.

Insofern ergeht die Aufforderung an den Außenminister, ein deutliches Zeichen zu setzen, „dass Deutschland die Lehren aus seiner Geschichte nicht vergessen hat und dem grausamen Schicksal der Nordkoreaner nicht gleichgültig gegenüber steht.“

Ansprechpartner: UOKG-Geschäftsstelle, 030 / 55 77 93 - 51